

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (SKSA/X-025/2020)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 03.09.2020, 15:02 Uhr bis 15:56 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
1.1.	Schulvereinbarung mit der Stadt Darmstadt Vorlage: 3148-2020/DaDi
1.2.	Umsetzung Aktionsplan UN-BRK Vorlage: 3191-2020/DaDi
1.3.	Einführung der Strategischen Sozialplanung Vorlage: 3253-2020/DaDi
1.4.	"Gut" das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg- Übernahme einer Bürgerschaft für den Turn- und Sportverein 1909 Lengfeld e.V. Vorlage: 3274-2020/DaDi
1.5.	"Gut" das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg- Übernahme einer Bürgerschaft für die Freie Sportvereinigung 1911 e.V. Spachbrücken. Vorlage: 3286-2020/DaDi
1.6.	Ferienakademien – Antrag FW-PP Vorlage: 3292-2020/DaDi
1.7.	Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Antrag SPD, Grüne, FDP Vorlage: 3305-2020/DaDi
1.7.1.	Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Änderungsantrag Die Linke Vorlage: 3340-2020/DaDi

1.7.2.	Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Änderungsantrag CDU Vorlage: 3342-2020/DaDi
2.	Kenntnisnahmen
2.1.	Ganztägig arbeitende Schulen (Landesprogramm) Aufnahme weiterer Schulen in den Pakt für den Nachmittag sowie Neuaufnahmen ins Profil 1, Änderung des Profils sowie Aufstockungen ohne Profilwechsel im Schuljahr 2020/21 Vorlage: 3135-2020/DaDi
2.2.	Pilotprojekt Jugendsozialarbeit an Schulen_UBUS-Kräfte Vorlage: 3140-2020/DaDi
2.3.	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Projekte mit Baubeginn in 2020 Vorlage: 3166-2020/DaDi
2.4.	Bericht zur Einführung der Strategischen Sozialplanung Vorlage: 3237-2020/DaDi
2.5.	Änderung der Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg Vorlage: 3087-2020/DaDi
2.6.	DigitalPakt - Schule Vorlage: 3272-2020/DaDi
3.	Schulbauprojekte
4.	Pakt für den Ganzttag
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Bürgermeister Andreas Larem	
Herr Alexander Ludwig	
Herr Matti Merker	
Herr Bürgermeister Joachim Ruppert	
Herr Heinz Schwebel	
Fraktion der CDU	
Frau Ann-Katrin Brockmann	
Frau Heidrun Koch-Vollbracht	
Frau Anna Elena Resch	
Herr Sebastian Rouven Sehlbach	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Renate Battenberg	
Frau Barbara Roos	
Fraktion der AfD	
Frau Bärbel van Dijk	Vertreterin für Abg. Neumann, Günther
Fraktion der FDP	
Herr Prof. Dr. Ingo Jeromin	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	Vertreter für Abg. Röwenstrunk, Christian
Fraktion der Fraktion 21	
Herr Uwe Bauer	
Fraktion von Die Linke	
Herr Simon Wedemeyer	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	ab TOP 2.1 (15:28 Uhr)
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Robert Ahrnt	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
beratende Mitglieder	
Herr Donato Girardi	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	
Frau Fortuna Marx	
Frau Cornelia Schuster	

Anwesende
Herr Christian Schwab
Herr Stefan Weber

Abwesende
Fraktion der AfD
Herr Günther Neumann
Fraktion der FW-PP
Herr Christian Röwenstrunk

Vorsitzender Ludwig stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Schul-, Kultur- und Sportausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzender Ludwig** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1.3 und 2.4 sowie die Tagesordnungspunkte 2.1 und 4 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Er stellt fest, dass sich von Seiten des Schul-, Kultur- und Sportausschusses hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 24. Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Christian Schwab.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 3148-2020/DaDi

Aktenzeichen: 219-012

Betreff: **Schulvereinbarung mit der Stadt Darmstadt**Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Auf Nachfrage des **Abg. Sehlbach** (CDU) sagt **Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt** zu, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag, den 7. September 2020 zu klären, ob die Zugangsgarantie für Berufsschülerinnen und Berufsschüler an den beruflichen Schulen der Stadt Darmstadt nach Beschluss über die neue Schulvereinbarung mit der Stadt Darmstadt weiterhin Bestand hat.

Vorsitzender Ludwig schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und die Angelegenheit im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten. Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Schul-, Kultur- und Sportausschusses fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Darmstadt bezüglich der Gastschulbeiträge.

Die erforderlichen Mittel werden ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Verfügung gestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.03.01.99.00, 1.03.02.99.00, 1.03.03.99.00, 1.03.04.99.00,
1.03.05.99.00, 1.03.06.99.00

Investitionsmaßnahme: -

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 7172100	Kein Mehraufwand	1.418.000 EUR	1.446.000EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto: 5482100	Kein Mehrertrag	293.000 EUR	299.000 EUR

Dargestellt sind die jährlichen Mehraufwendungen und Mehrerträge gegenüber dem Ansatz von 2020 bei einer zu erwartenden durchschnittlichen Anhebung der gesetzlichen Gastschulbeiträge um 2% und gleichbleibenden Schülerströmen.

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 3191-2020/DaDi
 Aktenzeichen: 430-002
 Betreff: **Umsetzung Aktionsplan UN-BRK**
 Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass in einer ersten Umsetzungsphase in den nächsten zwei Jahren alle unter Priorität 1 gefassten Maßnahmen aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Darmstadt-Dieburg umgesetzt werden.

Am Ende der ersten Umsetzungsphase werden ein Bericht zum Stand der Umsetzung und ein Vorschlag für Umsetzung der übrigen Maßnahmen vorgelegt.

Die Stelle des Behindertenbeauftragten wird zum Zwecke der Koordination und Dokumentation des Umsetzungsprozesses zunächst für die Dauer von zwei Jahren um 5 Wochenarbeitsstunden aufgestockt.

Die entsprechenden Mittel sind im Rahmen der Haushaltsplanung zur Verfügung zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.08
 Maßnahme: Aufstockung Kommunaler Behindertenbeauftragter

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 62000000	0,00 EUR	8.810,00 EUR	8.810,0 EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Produkt: 1.06.01.01.01
 Maßnahme: Einrichtung Niedrigschwellige Elternberatung (Projektmittel)

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	44.000,00 EUR	44.000,00 EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Produkt: 1.05.06.01.00
 Maßnahme: Aufstockung Heilpädagogische Kita-Fachberatung

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	8.000,00 EUR	16.000,00 EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.3.

Vorlage-Nr.: 3253-2020/DaDi

Aktenzeichen: 419-024

Betreff: **Einführung der Strategischen Sozialplanung**Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Vorsitzender Ludwig verweist auf einen redaktionellen Fehler in den finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen müssen wie folgt redaktionell geändert werden:

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.13

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 6861000	0,00 EUR	5.000,00 EUR	<u>5.000,00 EUR</u>
Sachkonto: 6890000	0,00 EUR	10.000,00 EUR	<u>10.000,00 EUR</u>
Sachkonto: 6779000	0,00 EUR	60.000,00 EUR	0,00 EUR
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	77.096,00 EUR	<u>77.096,00 EUR</u>
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschlussvorschlag:

1. Zur Einführung der Strategischen Sozialplanung wird eine Projektstelle für drei Jahre eingerichtet.
2. Es kann ergänzend eine wissenschaftliche Begleitung durchgeführt werden.
3. Obligatorische Planungsraumkonferenzen werden durchgeführt.
4. Notwendige begleitende Öffentlichkeitsarbeit wird durch die Projektstelle organisiert.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 152.096,00 Euro werden im Haushaltsplan des Jahres 2021 unter dem Produkt 1.01.01.01.13 „Strategische Sozialplanung“ auf den Sachkonten 6861000 „Aufwendung für Öffentlichkeitsarbeit“, 6890000 „sonstige Aufwendungen für Kommunikation“, 6779000 „Aufwendungen für andere Beratungsleistungen“ und 6200000 „Entgelte für geleistete Arbeitszeit“ haushaltsrechtlich eingeplant.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.13
 Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 6861000	0,00 EUR	5.000,00 EUR	5.000,00 EUR
Sachkonto: 6890000	0,00 EUR	10.000,00 EUR	10.000,00 EUR
Sachkonto: 6779000	0,00 EUR	60.000,00 EUR	0,00 EUR
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	77.096,00 EUR	77.096,00 EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis,
 wenn zutreffend

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
FW-PP <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21 <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.4.

Vorlage-Nr.: 3274-2020/DaDi

Aktenzeichen: 530-001

Betreff: **"Gut" das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg-
Übernahme einer Bürgschaft für den Turn- und Sportverein 1909 Lengfeld e.V.**Beschluss: **ungeändert beschlossen****Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg übernimmt entsprechend dem mit den Sparkassen Darmstadt und Dieburg sowie anderen Banken abgeschlossenen Bürgschaftsrahmenvertrages eine Ausfallbürgschaft für das nachstehende Vereinsdarlehen:

Lfd. Nr.:	Darlehen/ Laufzeit	Darlehensnehmer	Darlehensgeber	Verwendungszweck
53.	46.000,- 10 Jahre	Turn- und Sportverein 1909 Lengfeld e. V.	Sparkasse Dieburg	Sanierung/Erneuerung der Flutlichtanlage und diverse Renovierungen (u.a. Hallentor)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis,
wenn zutreffend

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.5.

Vorlage-Nr.: 3286-2020/DaDi

Aktenzeichen: 530-001

Betreff: **"Gut" das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg-
Übernahme einer Bürgschaft für die Freie Sportvereinigung 1911 e.V.
Spachbrücken.**

Beschluss: **ungeändert beschlossen****Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg übernimmt entsprechend dem mit den Sparkassen Darmstadt und Dieburg sowie anderen Banken abgeschlossenen Bürgschaftsrahmenvertrages eine Ausfallbürgschaft für das nachstehende Vereinsdarlehen:

Lfd. Nr.:	Darlehen/ Laufzeit	Darlehensnehmer	Darlehensgeber	Verwendungszweck
54.	45.000,- 9 Jahre	Freie Sportvereinigung 1911 e.V. Spachbrücken	Sparkasse Dieburg	Investitionen in das Vereinsgelände (Flutlicht und Bewässerung)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis,
wenn zutreffend

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.6.

Vorlage-Nr.: 3292-2020/DaDi
 Aktenzeichen: 229-013
 Betreff: **Ferienakademien – Antrag FW-PP**
 Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Werden zukünftig erneut in Ferienzeiten „Ferienakademien“ angeboten, so wird der Kreisausschuss im Zusammenwirken mit dem „Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Stadt Darmstadt“ anregen, dass diese Angebote auch an mehreren ausgewählten Schulen im Landkreis umgesetzt werden. Der Landkreis wird die sachlichen Voraussetzungen hierzu zur Verfügung stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.7.

Vorlage-Nr.: 3305-2020/DaDi

Aktenzeichen: 219-006

Betreff: **Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Antrag SPD, Grüne, FDP**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Ruppert (SPD) schlägt vor, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU unter Tagesordnungspunkt 1.7.2 wie folgt abzuändern:

4. *Ziel ist es, unabhängig von der Notwendigkeit des homeschoolings zukünftig allen Schülerinnen und Schülern im Landkreis, deren Eltern sich eine Anschaffung nicht leisten können, ein ~~einheitliches~~ zeitgemäßes Endgerät für den digitalen Unterricht zur Verfügung zu stellen.*

Vorsitzender Ludwig lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion von Die Linke abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass dieser mehrheitlich abgelehnt wird.

Vorsitzender Ludwig lässt sodann über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Änderung des **Abg. Ruppert** (SPD) abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass diesem mehrheitlich zugestimmt wird.

Abschließend lässt **Vorsitzender Ludwig** über den Ursprungsantrag der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP mit den Ergänzungen des Änderungsantrags der Fraktion der CDU abstimmen und stellt nach der Abstimmung fest, dass diesem mehrheitlich zugestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die von Bund und Land zur Anschaffung von digitalen mobilen Endgeräten zur Verfügung gestellten Mittel sollen für die Einrichtung, den Support, das Zubehör und etwa notwendig werdende Versicherungen verwendet werden.
2. Für die Priorisierung der Verteilung der digitalen mobilen Endgeräte sind u. a. folgende Kriterien maßgeblich:
 - Schülerinnen und Schüler aus Familien, welche erklären, kein eigenes Endgerät zu besitzen oder nur unzureichenden Zugang über ein digitales Endgerät innerhalb der Familie zu haben.
 - Schülerinnen und Schüler aus Familien, in der die Schulleitung aufgrund der Empfehlung des Klassenlehrers bzw. der Klassenlehrerin davon ausgehen darf, dass sie keinen ausreichenden Zugang zu einem digitalen Endgerät haben.
3. Sollte der Bedarf größer sein als die zur Verteilung bereitstehenden Geräte, ist die Verteilung wie folgt zu priorisieren: Zunächst werden schulübergreifend diejenigen Schülerinnen und Schüler versorgt, bei denen die Familien im Rahmen einer freiwilligen Selbstauskunft eine Bedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuches nachweisen. Schülerinnen und Schüler höherer Jahrgänge haben grundsätzlich einen weitergehenden

Anspruch innerhalb der jeweiligen Berechtigungsgruppe als Schülerinnen und Schüler jüngerer Jahrgänge.

4. Ziel ist es, unabhängig von der Notwendigkeit des homeschoolings zukünftig allen Schülerinnen und Schülern im Landkreis, deren Eltern sich eine Anschaffung nicht leisten können, ein zeitgemäßes Endgerät für den digitalen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.7.1.

Vorlage-Nr.: 3340-2020/DaDi

Aktenzeichen: 219-006

Betreff: **Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Änderungsantrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Digitale Endgeräte sind als sozialrechtlicher Mehrbedarf (SGB II § 21 Abs 6) – alternativ SGB XII – Asylblg. und Jugendhilfe (SGB VIII) auf Antrag grundsätzlich zu gewähren.
2. Digitale Endgeräte werden von der KFB – dem Sozialamt – der Ausländerbehörde und dem Jugendamt nach geltender Rechtsprechung der Sozialgerichte auf Antrag genehmigt.
3. Digitale Endgeräte werden von o.g. Behörden auf Vorlage einer Notwendigkeitserklärung der Schulen und auf Vorlage eines Kostenvoranschlages genehmigt...
4. Die Mittel des bundesweiten Sonderprogramm DigitalPakt Schule in Höhe von 1,6 Mio. zur Anschaffung digitaler Endgeräte – 1100 Endgeräte wurden auf Beschluss des Kreisausschusses bereits geordert – sind von dem Kreisausschuss zu verwalten und auf KA Beschluss durch die Sozialbehörden Da/Di bereit zu stellen.
5. Der Landkreis Da/Di informiert über die betroffenen Sozialstellen SGB II – SGBXII – Ausländerbehörde und Jugendamt den betr. Personenkreis über rechtsichere Möglichkeiten digitale Endgeräte auf Antrag zu erhalten.
6. Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die Bundesregierung auf, die Ausstattung von Schüler/innen mit digitalen Endgeräten zur schulischen und gesellschaftlichen Teilhabe als sozialrechtlicher Bedarf anzuerkennen und diese Bedarfe für Bildung und Teilhabe (gem § 28ff SGB II – alternativ SGB XII sowie BKGG) gesetzlich zu garantieren.
7. Mehrkosten als die 1,6 Mio. für digitale Endgeräte werden im Landkreis Darmstadt Dieburg als „Finanzielle Unterstützung Coronabedingter Mehraufwendungen übernommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

**Detailergebnis,
wenn zutreffend**

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.7.2.

Vorlage-Nr.: 3342-2020/DaDi

Aktenzeichen: 219-006

Betreff: **Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Änderungsantrag CDU**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

4. Der Kreistag möge beschließen: Ziel ist es, unabhängig von der Notwendigkeit des homeschoolings zukünftig allen Schülerinnen und Schülern im Landkreis, deren Eltern sich eine Anschaffung nicht leisten können, ein zeitgemäßes Endgerät für den digitalen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 3135-2020/DaDi

Aktenzeichen: 213-003

Betreff: **Ganztägig arbeitende Schulen (Landesprogramm)
Aufnahme weiterer Schulen in den Pakt für den Nachmittag sowie
Neuaufnahmen ins Profil 1, Änderung des Profils sowie Aufstockungen ohne
Profilwechsel im Schuljahr 2020/21**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Dr. Sauer berichtet, dass das Hessische Kultusministerium mit Erlassen vom 25.05.2020 folgende Schulen zur Neuaufnahme als Schule im **Pakt für den Nachmittag** genehmigt hat:

Bachwiesenschule, Babenhausen
Carlo-Mierendorff-Schule, Griesheim
Erich-Kästner-Schule, Pfungstadt
Frankensteinschule, Mühlthal
Friedensschule, Groß-Zimmern
Gundernhäuser Schule, Roßdorf
Hirschbachschule, Reinheim
Lessingschule, Erzhausen
Ludwig-Glock-Schule, Messel
Marienschule, Dieburg
Mira-Lobe-Schule, Eppertshausen (FöS)
Modautalschule, Modautal
Rehbergschule, Roßdorf
Schillerschule, Pfungstadt (FöS)
Schule am Pfaffenberg, Mühlthal
Traisaer Schule, Mühlthal

Ins Profil 1 wird die Sek. I der Anne-Frank-Schule, Dieburg aufgenommen.

Die Justin-Wagner-Schule, Roßdorf wechselt von Profil 1 zu Profil 2.

Folgende Schulen erhalten eine Aufstockung ohne Profilwechsel:

Gustav-Heinemann-Schule, Dieburg
Hessenwaldschule, Weiterstadt
Schuldorf Bergstraße, Seeheim-Jugenheim
Max-Planck-Gymnasium, Groß-Umstadt

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 3140-2020/DaDi

Aktenzeichen: 424-002

Betreff: **Pilotprojekt Jugendsozialarbeit an Schulen_UBUS-Kräfte**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück informiert über das Ergebnis der gemeinsamen Beratung bzgl. des Pilotprojektes „Jugendsozialarbeit an Schulen in gemeinsamer Trägerschaft“

Im Kreistag wurde mit Vorlage Nr. 2200-2019/DaDi folgender Beschluss gefasst:

Der Kreisausschuss des Landkreises-Darmstadt-Dieburg wird beauftragt, zu prüfen, ob der Landkreis zusammen mit dem Land Hessen ein Pilotprojekt für Jugendsozialarbeit an Schulen unter gemeinsamer Trägerschaft durchführen kann.

Wenn ja, soll in einem zweiten Schritt geprüft werden, ob eine Einbeziehung der Städte und Kommunen des Landkreises möglich ist.

Leider kam erst am 03.12.2019 das Gespräch mit dem Hessischen Kultusministerium zustande und im Mai 2020 wurde dem Landkreis das Protokoll der Sitzung zugesendet.

An dem Gespräch im hessischen Kultusministerium nahm Herr Abteilungsleiter Wolf Schwarz mit weiteren Mitarbeiterinnen des Ministeriums, der Leiter des Staatlichen Schulamtes Ralph von Kymmel, die Fachbereichsleitung Simone Weiser-Kärcher und die Dezernentin Rosemarie Lück teil.

Folgende Ergebnisse des Gesprächs als Konsens zur Bewertung eines gemeinsamen Pilotprojektes Jugendsozialarbeit (Landkreis und Land Hessen) wurden festgehalten:

Die Problemkreise eines Pilotprojektes „Jugendsozialarbeit unter gemeinsamer Trägerschaft zwischen Kreis und Land“ (im Rahmen der bereitgestellten UBUS-Landesstellen) wurden identifiziert und diskutiert:

- **Anstellung der UBUS-Fachkräfte:** Die UBUS-Fachkräfte werden derzeit auf unbefristeten Landesstellen eingestellt, was für die allermeisten UBUS-Fachkräfte eine attraktive Option ist. Diese Anstellung beim Land Hessen würde sich im Falle eines gemeinsamen Jugendsozialarbeitsprojektes ändern müssen hin zu einer Anstellung bei einer bsw. gGmbH des Landkreises bzw. bei einem der freien Träger o.ä. Für die beim Land derzeit unbefristet angestellten UBUS-Fachkräfte bedeutete dies voraussichtlich eine Verschlechterung und zöge evtl. rechtliche Konsequenzen nach sich, abgesehen davon, dass die meisten UBUS-Fachkräfte darin für sich keinen Vorteil erkennen könnten.
- **Direktionsrecht der Schulleitung:** Derzeit übt die Schulleitung bei den UBUS-Fachkräften das Direktionsrecht aus. Ob dies so bliebe oder ob dies ggf. im Rahmen des AÜG (§ 613 BGB) keinen Bestand mehr hätte, bliebe juristisch zu klären.

- Wo bleiben bei einer „**überschulischen Kooperationsstruktur**“ die Belange der einzelnen Schulen? Dies war eine der Fragen, die sich in der Kürze der Zeit nicht zur Gänze klären ließen, die aber im Zuge einer Umsetzung eines Pilotprojektes unbedingt beantwortet werden müsste.
- UBUS muss sich **als neu eingerichtetes Landesprojekt** zunächst in den Schulen mit allen Beteiligten noch etablieren. Geänderte Anbindungen und Strukturen im Rahmen eines Pilotprojektes sind voreilig und ggf. nicht zielführend im Sinne des Arbeitsauftrages der UBUS-Fachkräfte als Lernbegleitung.
- Offen ist, inwieweit in einem gemeinsamen Pilotprojekt Entlastungen für Schulleitungen gesehen werden könnten.

Finaler Konsens:

Der Aufwand für die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft beider Arbeitsgebiete (Jugendsozialarbeit des Landkreises und UBUS-Stellen Land Hessen) steht aktuell in keinem positiven Verhältnis zu den Vorteilen.

Die gedeihliche Zusammenarbeit und gute Kooperation zwischen der kommunalen Jugendsozialarbeit und dem landesseitigen Einsatz von UBUS-Kräften wird von allen Beteiligten gleichwohl weiterhin als sehr förderlich bewertet.

Vor allem die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule, hier insbesondere des Staatlichen Schulamtes und des Jugendamtes wird positiv hervorgehoben. So könnten bsw. der Ausbau der „Zentren für schulische Erziehungshilfen“ oder der Aufbau einer Landkreisgesellschaft für die Dienstleistung der Teilhabeassistentinnen und Teilhabeassistenten an Schulen weitere Bausteine der Zusammenarbeit sein.

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 3166-2020/DaDi

Aktenzeichen: 530-004

Betreff: **Förderung von Investitionsmaßnahmen der Sportvereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Projekte mit Baubeginn in 2020**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt das als Anlage dieser Vorlage beigefügte „Investive Sportförderprogramm 2020 für Sportvereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg“.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan 2020 auf dem Produkt 1.08.01.01.00 Förderung des Sports, Sachkonto 8050508 als Maßnahme „Zuschüsse für Vereinssportanlagen“ haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.08.01.01.00
Investitionsmaßnahme: 5.800001.530

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 8050508	225.320,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2020	2021	2022
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 3237-2020/DaDi

Aktenzeichen: 419-024

Betreff: **Bericht zur Einführung der Strategischen Sozialplanung**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück legt den Bericht zur Umsetzung der Strategischen Sozialplanung im Landkreis Darmstadt- Dieburg (Vorlage 3030-2020/DaDi) vor.

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 3087-2020/DaDi

Aktenzeichen: 429-001

Betreff: **Änderung der Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Die Neufassung der in der Anlage beigefügten Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg werden beschlossen.

- a) Richtlinie über die Förderung der Jugendarbeit der freien Träger im Landkreis Darmstadt-Dieburg
- b) Richtlinie für die Förderung von Ferienfreizeiten im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2020 unter den Produkten 1.06.02.01.01 (Zuschüsse für „Außerschulische Bildung“), 1.06.02.02.01 (Zuschüsse für „Fahrten und Lager“), 1.06.02.05.01 (Zuschüsse für „Material für die Jugendarbeit“), 1.06.02.03.01 (Zuschüsse für „Internationale Jugendbegegnungen“ im In- und Ausland) unter den Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) und 1.06.02.02.02 (Zuschüsse für „Kinderfreizeiten) unter dem Sachkonto 7250000 (Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Aus den Änderungen und Ergänzungen ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.: 3272-2020/DaDi
Aktenzeichen: 219-006
Betreff: **DigitalPakt - Schule**
Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas teil mit:

Im Rahmen des Gesetzes zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur an Hessischen Schulen und der dazu erlassenen Förderrichtlinie des Hessischen Kultusministeriums wurden dem Landkreis Darmstadt-Dieburg folgende Kontingente zugeteilt:

- Bundeszuschuss DigitalPakt Schule 12.461.163,00 Euro
- Rahmendarlehen zur Kofinanzierung des Bundeszuschusses 4.154.000,00 Euro

Das Rahmendarlehen wird in 10 Jahresraten je zur Hälfte vom Land Hessen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg getilgt. Die anfallenden Darlehenszinsen werden ebenfalls je zur Hälfte von Land und Landkreis getragen.

Ziel des DigitalPakts Schule und damit auch Förderbereiche sind der Aufbau bzw. die Verbesserung digitaler Infrastruktureinrichtungen, der Aufbau und die Weiterentwicklung digitaler Lehr- und Lern-Infrastrukturen sowie die Anschaffung digitaler Geräte. Alle Maßnahmen sind hinsichtlich des technisch-pädagogischen Einsatzkonzeptes mit dem staatlichen Schulamt abzustimmen und von Medienbildungskonzepten der einzelnen Schulen zu flankieren.

In gemeinsamen Sitzungsrunden von Kreisverwaltung, Da-Di-Werk, staatlichem Schulamt und Vertretungen der Schulen wurde die Umsetzung des DigitalPakts Schule im Landkreis Darmstadt-Dieburg wie folgt skizziert:

1. Voraussetzung für eine flächendeckende Gebäude- und Schulgeländevernetzung sowie den weiteren Aufbau von WLAN-Infrastrukturen ist zunächst eine virtuelle WLAN-Planung, durch die die Bedarfe konkret erfasst werden.
2. Auf dieser Basis erfolgt der eigentliche Auf- und Ausbau der Infrastruktur durch das Verlegen aller zusätzlich erforderlichen Verkabelungen und die Installation der benötigten WLAN Access Points.
3. Nach Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen ist die Ausstattung aller Räumlichkeiten mit digitalen Projektionstechniken, wie z. B. Smartboards, vorgesehen.
4. In Abhängigkeit der dann noch vorhandenen Mittel sollen weitere mobile Endgeräte beschafft werden.

Für Punkt 1 werden die Kosten auf Basis eines vorliegenden Angebots der ekom21 rd. 110 T€ betragen. Die genauen Kosten der weiteren Punkte können heute noch nicht final beziffert werden.

Die Abwicklung des Programms erfolgt analog zu den Kommunalinvestitionsprogrammen über die WI-Bank, bei der vor Beginn der Einzelmaßnahmen alle Anträge auf ihre Förderfähigkeit geprüft werden.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Vorsitzender Ludwig verweist auf die Projektstatusberichte für das 2. Quartal 2020. Die Projektstatusberichte für das 2. Quartal 2020 sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Vorsitzender Ludwig teilt mit, dass die aktuellen Projektstatusberichte auf der Homepage des Da-Di-Werks unter dem Link: <https://www.ladadi.de/index.php?id=19448> abrufbar sind. Er schlägt vor, die Projektstatusberichte zukünftig nur noch elektronisch den Mitgliedern des Schul-, Kultur- und Sportausschusses zur Verfügung zu stellen. **Vorsitzender Ludwig** stellt hierzu das Einvernehmen des Schul-, Kultur- und Sportausschusses fest.

Auf Nachfrage des **Abg. Ruppert** (SPD) sagt **Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt** eine Prüfung zu, inwieweit die Möglichkeit besteht, Änderungen in den Projektstatusberichten kenntlich zu machen.

Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt berichtet, dass der Start in das Schuljahr 2020/2021 gut angelaufen ist. Im baulichen Bereich sind noch an einigen Schulen Raumkapazitäten in Form von Container-Lösungen zu schaffen. Er weist darauf hin, dass aus Kapazitätsgründen nicht flächendeckend Container-Lösungen bereitgestellt werden können.

Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt teilt mit, dass es im Bereich der Schülerbeförderung zu einer Änderung des Linienkonzepts gekommen ist.

Auf Nachfrage von **Frau Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig** in der Sitzung der Betriebskommission des Eigenbetriebs Gebäude- und Umweltmanagement am 27. September 2020 teilt **Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt** mit, dass es durch das Hessische Kultusministerium keine Empfehlung hinsichtlich gemeinsamer Waschtischanlagen in Schulen gibt.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Pakt für den Ganzttag**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Dr. Sauer berichtet zum aktuellen Stand des Betreuungsangebotes „Pakt für den Ganzttag“. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Auf Nachfrage des **Abg. Merker** (SPD) zur Essensversorgung von Kindern bei möglichen Schulschließungen teilt **Erster Kreisbeigeordneter Ahrnt** mit, dass aufgrund unterschiedlicher Gegebenheiten vor Ort Einzelfallentscheidungen getroffen werden müssen.

Kreisbeigeordnete Lück ergänzt, dass durch Leistungen für Bildung und Teilhabe, das warme Mittagessen in Schulen oder Kitas für Kinder aus bedürftigen Familien gesichert wird. Damit auf die Mittagsverpflegung in der aktuellen Situation mit Schließungen oder nur eingeschränktem Betrieb nicht verzichtet werden muss, kann das Mittagessen den Kindern nun auch flexibel auf anderen Wegen bereitgestellt werden, wie z. B. durch Lieferung nach Hause oder zur Abholung.

Vorsitzender Ludwig schließt die Sitzung um 15:56 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 8. September 2020

Für die Ausfertigung

gez. Alexander Ludwig
Alexander Ludwig
Vorsitzender

gez. Christian Schwab
Christian Schwab
Schriftführer